

## Sauer auf die Demokratie

Der Maut-Flop hat keine Folgen für Ex-Verkehrsminister Scheuer (CSU)

Ein Gutachten spricht den CSU-Scheuer von seiner Schulden-Schuld frei, nicht ein hohes Gericht! FDP-Minister Volker Wissing schließt sich dem an, mit wohlwollendem Kommentar. Er hat die Gutachter beauftragt. Wer bestellt, bezahlt. Doch ein Gutachten ist genau so viel wert, wie viel es dem Auftraggeber an Geld wert ist. Also: Diese Abhängigkeit kann selbst bei Gutachten öffentlich vereidigter Sachverständiger sein. So ist meine langjährige Berufserfahrung. Selbst der Bundesrechnungshof wurde übergegangen.

Ein ordentliches Gerichtsverfahren soll's nicht werden, denn das kann so sein: Gutachten, Gegengutachten, und wenn die Richter unsicher sind, gibt's im Gerichtsauftrag ein Obergutachten, mit Einspruchsmöglichkeit gegen den Entscheid. Aber all diese Rechtsklärungen will Herr FDP-Wissing nicht. Er will keine Rechtsklärung durch unabhängige Gerichte mit dem Argument (Ausrede?), Steuergelder zu sparen.

Wem hilft das? Im Ernstfall Herrn CSU-Scheuer. In wohl jedem Prozess gibt es selbstredend ein Risiko. Aber hier geht es um sehr viel Steuergeld. Das will FDP-Wissing dem CSU-Scheuer wohl ersparen und nicht uns zukommen lassen.

Somit offenbart sich die Tendenz der FDP zu ihrem Wunschpartner CDU und CSU – so hat es der FDP-Vorsitzende und Minister Christian Lindner selbst gesagt, und so macht man uns Steuerzahler und Wähler auf die Demokratie sauer und die AfD stark. Denn wer findet es gut und richtig, dass, wer auch immer den Schaden angerichtet hat, nicht dafür aufkommen und den Schaden beheben muss?

Dem FDP-Wissing gilt wohl die Politik: Keine Krähe kratzt dem anderen schwarzen Vogel ein Auge aus – man darf nicht den Wunschpartner vergärten, besonders wenn der doch schon bald Neuwahlen will.

Hans-Karl Ortman, Hofheim

Diskussion: [frblog.de/f20240103](http://frblog.de/f20240103)

## Zunehmende Tendenz

Zu: „Die neue Wahrerin der Demokratie“; FR-Politik vom 3. Januar

Ja, wir müssen den Antisemitismus bekämpfen, gleichgültig von welcher Seite er kommt. Ebenso müssen wir selbstverständlich jeden militärischen Angriff auf das Staatsgebiet Israels verurteilen.

Andererseits ist aber nicht jeder Antisemit, der die reaktionäre und menschenverachtende Politik der israelischen Regierung scharf kritisiert. Meines Erachtens gibt es in diese Richtung seit längerer Zeit eine zunehmende Tendenz.

Manfred Heinzmann, Mörfelden-Walldorf

## Die Kompromisslosigkeit aller Beteiligten führt ins Chaos

Krieg in Nahost: „Traurige Weihnacht“, „Terror wird gezüchtet“ und „Die Domino-Theorie des Terrors“, FR-Politik vom 23.12., FR-Titel und -Tagesthema vom 4.1.

### Eine friedliche Lösung ist praktisch ausgeschlossen

Die FR-Komentatorin meint: „Daher fordern militärische Vordenker:innen in Israel seit langem, dass nur eine politische Lösung langfristig Israels Sicherheit garantieren kann.“ Im aktuell gültigen Programm der Hamas wird eine friedliche Lösung definitiv ausgeschlossen: „Friedensinitiativen und sogenannte Friedensideen oder internationale Konferenzen widersprechen dem Grundsatz der Islamischen Widerstandsbewegung. Die Konferenzen sind nichts anderes als ein Mittel, um Ungläubige als Schlichter in den islamischen Ländern zu bestimmen ... Für das Palästina-Problem gibt es keine andere Lösung als den Jihad. Friedensinitiativen sind reine Zeitverschwendung, eine sinnlose Bemühung“ (Artikel 13). Wer das nicht wahrhaben will, verkennt das Programm einer islamistischen Bewegung wie der Hamas. Mit ihr ist allenfalls eine Rückkehr zum Kalten Krieg möglich.

Erschwerend ist in der aktuellen Situation allerdings, dass auch in Israel rechtsradikale Kräfte an der Macht beteiligt sind, die jeden Kompromiss mit den Palästinensern ablehnen.

Christian Schauer, Alzenau

### Das Recht, einen gerechten Krieg zu führen

Es gelten nach Cicero mehrere Voraussetzungen für einen gerechten Krieg. Eine davon: Wenn das Maß im Rächen und Bestrafen eingehalten wird (jus in bello). Dazu gehört die Unterscheidung von „Schuldigen“ und unschuldiger Menge (später: Zivilisten). Mittlerweile sind in Gaza tausendfach mehr unschuldige Zivilisten als Hamas-Kämpfer umgekommen. Nach Augustinus muss der Krieg in gerechter Gesinnung, nicht aus Rache oder Lust zur Grausamkeit geführt werden. In Anbetracht der erbarmungslosen Bombardierung der zur Flucht gezwungenen Bevölkerung Gazas wäre es völlige Blindheit, im Kriegsantrieb etwas anderes als Rache zu sehen. Hamas ist eine verabscheuungswürdige, islamistische Ideologie, die



Im Gazastreifen kämpfen viele Binnen-Vertriebene um das Lebensnotwendige. Die Versorgung mit Trinkwasser ist nicht gesichert. DPA

durch die Dummheit der Regierung Netanjahus an Zustimmung und Stärke gewinnt.

Nach Ludwig Siep (Uni Münster) beruht das Recht, einen „gerechten Krieg“ zu führen, auf drei Säulen, eine davon lautet: Durch das „Recht im Krieg“ müssen der Schutz Unbeteiligter und die Verhältnismäßigkeit der Gewaltmittel definiert werden. Über 20 000 unbeteiligte Zivilisten wurden bereits ermordet. Mit dem Gaza-Krieg erfüllt Israel alle Voraussetzungen für einen ungerechten Krieg. Elias Jammal, Berlin

### Israel verfolgt eine Politik der Demütigung

Jetzt, wo wieder Tausende von Zivilpersonen sterben, muss man leider an Selbstverständliches erinnern: Menschenrechte sind unteilbar; die Menschenleben von

Palästinenser\*innen sind nicht weniger wert als die von Israelis. Es ist eine Illusion zu glauben, mit massiven Bombardements könne man die Hamas „vernichten“. So verbrecherisch und grausam ihre Kämpfer auftreten – die israelische Regierungspolitik der letzten 25 Jahre ist es, die die Hamas groß und mächtig gemacht hat. Die seit dem Ende der 90er Jahre immer weiter nach Rechtsaußen driftende Regierung Israels hat eine Einigung mit gemäßigten Palästinensern konsequent hintertrieben und in den besetzten Gebieten eine Politik der Vertreibung, Entrechtung und Demütigung verfolgt. Gaza wurde immer mehr abgeriegelt, seine Wirtschaft und Infrastruktur zunehmend blockiert und zerstört. Das hat einen enormen Hass auf Israel erzeugt und der radikal-islamischen Hamas geholfen, in den Augen der

meisten Palästinenser zur einzig glaubwürdigen Interessenvertretung zu werden. Eine „Vernichtung“ der Hamas wird darum nicht funktionieren, selbst wenn man die derzeitige Bevölkerung Gazas ausrottet oder vertreibt (was einige israelische Minister vorgeschlagen haben). Was jetzt gebraucht würde, ist ein schneller Waffenstillstand und das Hinarbeiten auf eine faire Friedenslösung. Dazu wird auch Druck der Weltgemeinschaft, vor allem der USA und der europäischen Staaten, auf Israel nötig sein – so wie Druck der Araber auf die Hamas. Blinde Solidarität mit der israelischen Regierung, wie sie viele deutsche Politiker vertreten, ist überhaupt nicht hilfreich, sondern schadet letztlich auch den langfristigen Interessen Israels.

Thomas Ormond, Frankfurt

### Die Hamas wird ein politischer Akteur bleiben

Es geht im Kern um Hamas. In England nennt sie die BBC „Militante“. In unseren Massenmedien sind sie durchweg „Terroristen“. Es stellt sich die Frage, ob Israel die islamistische Hamas zerstören kann. Man muss sich die Hamas mit ihren zahlreichen Sozialeinrichtungen im Gaza-Streifen in Friedenszeiten – platt gesagt – als eine Art Caritas/Diakonie mit bewaffneter Miliz – wie immer man das bewerten mag – vorstellen. Als palästinensischer Teil der weltweiten Muslim-Bruderschaft ist sie gewichtiger Akteur innerhalb der palästinensischen Gesellschaft und wird vermutlich politisch nicht liquidierbar sein, militärisch aber schon. Über den Tag hinausblickende Diplomaten halten es deshalb für sinnvoll, die politische Organisation „Hamas“ in eine vermutlich entmilitarisierte Nachkriegsordnung der Palästinenser (mit allen ihren Differenzierungen) in weitestgehender Selbstverwaltung einzubinden. Ich hoffe, dass die internationale Diplomatie auf die weit rechts stehende israelische Regierung in dieser Richtung einwirken kann. Ich wünsche es den Kindern Gazas, die zu 50 Prozent die Bevölkerung dort ausmachen und ums Überleben ringen!

Thomas Ewald, Nidderau

## Flachgepresst unter Bergen von Vorschriften

Afghanische Geflüchtete in Pakistan: „Eine unverlässliche Zusage“, FR-Tagesthema vom 27. Dezember

Es ist erschütternd, das lesen zu müssen. Diese Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der Afghanen:innen wird sichtbar jetzt! Sie haben als Helfer der Deutschen „am Hindukusch unsere Demokratie verteidigt“, einen Anspruch auf Aufnahme und/oder einen Rechtsanspruch auf Asyl in der BRD erworben! Doch die Empathiekurve liegt jetzt flachgepresst unter einem Haufen von Bürokratiearroganz, Vorschriftenbergen und penetrantem Zuständigkeitsgetrappel! Nix mit Asylanträgen aus Pakistan oder Afghanistan in deutschen Botschaften! Ebenso ist es fast unmöglich, über Visa-Ertei-

lungen auszureisen und europäisches Festland zu erreichen. Nur dort – so eine der Vorschriften – können Asylanträge entgegen genommen werden, falls die „illegale Ausreise“ nicht irgendwo tödlich oder in einem unmenschlichen Auffanglager enden muss!

Es gibt andererseits im Zuge der unsäglichen Migrationsdebatte Gesetzentwürfe, dass Asylanträge vor (!) Europas Außengrenzen in haftähnlichen Auffanglagern oder gar in Ruanda selbst zu stellen sind. Die aussortierten Migranten können nämlich von dort praktischer und verzögerungsfreier abgeschoben

– euphemistischer: rückgeführt – werden! Ohne so unsere Empathiekundgebungen trüben zu können. Also doch! Können wir daraus für die Afghanistan-Pakistan-Problematik etwas lernen?

Das passt nicht zusammen! Das ist widersprüchlich und darüber hinaus paradox! Ich zitiere nach Martin Hartmann, in: Tobias Vogel: „Wirtschaftswachstum, zu: Kritische Theorie“: „Zwei sich widersprechende Größen verhalten sich (...) in dem Augenblick paradox zueinander, in dem gezeigt werden kann, dass das widersprechende Zueinander durch ein und den-

selben Prozess zustande gekommen ist.“ Und: Die Vernebelungen oder Verleugnung dieses Zusammenhanges ist pure Ideologie. Dieser Widerspruch ist realiter unauflösbar, es sei denn, es gäbe zum völkerrechtlich festgezurrtem Asylrecht für jeden Menschen diese Alternative: Die heißt „Nansylrecht“, propagiert von unserer derzeitigen Ampelministerin Nancy Faeser. Es käme nur darauf an, wie verschieden man die verschiedenen Welt erklärt, um Hegel boshaft einzukürzen. Sorry!

Das kann man doch nicht so lassen! Wo ist der Aufschrei der Massen? Heinz-A. Hetschold, Witten